

■ AUS BERNER SICHT

Der Hund wohnt im Kopf



VON DENNIS BÜHLER

Seit einigen Wochen lebe ich in der Stadt Bern. Bis jetzt gefällt es mir ausgezeichnet: Die Sonne scheint fast so oft wie in Chur, wo ich zuletzt gewohnt habe.

Die Aare prägt das Stadtbild wie Alster und Elbe jenes in Hamburg, wo ich studiert habe. Und das Tempo ist angenehm gemächlicher als in Zürich, wo ich aufgewachsen bin. Alles tipptopp also – wenn bloss mein Dialekt zur Stadt passen würde.

In der wärmenden Frühjahrs Sonne sass ich kürzlich zum ersten Mal an einem Tischchen vor dem Café am Rande des Berner Länggassequartiers, wenige Meter von meiner Wohnung entfernt. Bei der Bestellung eines Kuchens und eines Kaffees an der Theke war ich noch verstanden worden, ich hatte mich willkommen geheissen gefühlt. Doch dann hörte ich die drei Frauen am Nebentisch: «In Züri chönnti nie läbä», sagte die eine. «Die rede so gruusig», die zweite. Und die dritte ergänzte: «Ja, die hei so ä richtig gruusige Dialäkt!»

Als ich diese Anekdote meinen Freunden erzählte, merkte ich rasch, dass ich keineswegs einen Einzelfall beobachtet und eine seltene Meinung angehört hatte. Zwar erachte ich vielerlei Auswüchse des Schweizerischen Föderalismus ohnehin für problematisch: Weshalb beispielsweise nicht jeder Kanton seinen hilfsbedürftigen Studenten gleich hohe Stipendien ausbezahlt, habe ich nie verstanden. Oder warum man die Schulsysteme derart unterschiedlich gestaltet, dass ein Kind bei jedem Umzug mit Problemen konfrontiert ist. Doch nun ist mir klar geworden: Der Hund namens «Kantönleigst» ist nicht nur im System begraben. Er wohnt in den Köpfen.

Dennis Bühler ist Bundeshausredaktor der «Südschweiz».

■ SCHWEIZERHÖFLI

Kassieren an allen Fronten



VON MARC SCHWITTER

Am Stammtisch. Koni lacht sich den Ranzen voll. «Unglaublich, was diese Griechen noch alles hervorzaubern, um Geld zusammenzukratzen.» Peter nickt. «Auf der einen Seite schmiegen sie sich bei den Russen ein, auf der anderen Seite drehen sie den Spieß gegen Deutschland und fordern Kriegsschulden ein.» Koni: «Dem sagt man wohl Zweifrontenkassieren.» Peter: «Als Nächstes klagen sie wohl die Iraner ein, weil die Perser damals ihre Tempel zerstört haben.»

Koni bestellt noch ein Bier. «Diese Idee bringt dich auf Anhieb in die griechische Regierung.» Peter: «Aber wohl kaum als Finanzminister. Dafür habe ich vier Finger zu viel.» Koni: «Naja, indem Varoufakis Deutschland und der EU den goldenen Mittelweg gezeigt hat, hat er sich auf ewig ein Denkmal geschaffen. So, wie damals Zinedine Zidane mit seinem legendären Kopfstoss im WM-Finale.»

Peter nimmt einen Schluck Wein. «Varoufakis hat eher seine Verhandlungspartner vor den Kopf gestossen.» Koni: «Von wem könnten wir in der Schweiz eigentlich noch Geld verlangen? Darauf sollten sich die SVP-Historiker konzentrieren, wenn sie unsere Geschichte schon neu schreiben wollen.» Peter: «Gute Idee! Zuerst nehmen wir die Österreicher dran wegen den Habsburgern, dann die Franzosen wegen Napoleon, und zum Schluss die Deutschen.» Koni: «Weshalb die Deutschen?»

Peter hebt sein Glas. «Weil die immer zahlen. Zum Wohl!»

Marc Schwitter ist in Uznach geboren, Bürger von Näfels und aufgewachsen in Rapperswil. Er arbeitet als Texter, unter anderem als Pointenschreiber für Giacobbo/Müller. www.textpingpong.ch

■ ORLANDOS WOCHENSCHAU



■ KOLUMNE VON GREGOR RUTZ

Steuern, Steuern, Steuern

Die wirtschaftliche Lage ist unsicher. Auch auf dem internationalen politischen Parkett stellen sich etliche Fragen: Die EU ist seit längerem in einer Krise, und verschiedene kriegerische Auseinandersetzungen prägen diese Tage. In solchen Situationen sind Rechtssicherheit und Stabilität oberstes Gebot für jeden Staat, welcher Qualität und Wohlstand erhalten möchte. Dazu gehören attraktive, zuverlässige Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Gewerbe.

Trotz etlicher internationaler Turbulenzen geht es der Schweiz gut: Unser kleiner Staat steht wie ein Fels in der Brandung. Wenn da nur die vielen Politiker nicht wären, welche sich fast ausnahmslos gegenseitig mit Ideen überbieten, was man in der Krise alles für die Bürger machen könnte. Leider gehören Steuersenkungen, Deregulierung und der Abbau von Bürokratie selten zum Strauss der Postulate. Immerhin bildet der gemeinsame Auftritt der bürgerlichen Parteipräsidenten hierzu eine erfreuliche Ausnahme.

Auch der Blick auf den Abstimmungskalender ist wenig verheissungsvoll: Steuern, Steuern, Steuern. Zunächst einmal sticht am 14. Juni die Abstimmungsvorlage zur Revision des Radio- und Fernsehgesetzes ins Auge. Trotz fehlender Verfassungskompetenz will der Bund künftig eine Mediensteuer erheben: Alle Haushaltungen sollen die entsprechenden Abgaben der Billag zahlen müssen – unabhängig davon, ob überhaupt TV- oder Radio-Programme konsumiert werden. Besonders störend an dieser Abkassiererei ist die Tatsache, dass völlig unklar bleibt, wofür das eingetragene Geld dann verwendet wird: Die Definition des «Service Public»-Auftrags nämlich schiebt das Parlament seit Jahren vor sich her. Zuerst soll also einmal die Steuer erhoben werden, bevor man sich dann Gedanken darüber macht, wie das Geld einzusetzen ist. Ein fragwürdiges Vorgehen.

Eine weitere Volksinitiative, über welche wir am 14. Juni abstimmen, will neu eine Erbschafts- und Schenkungssteuer auf Bundesebene einführen. Mit den kantonalen Steuerkompetenzen wäre dann Schluss: Die Kantone dürften die Steuer zwar noch einkassieren, müssten aber zwei Drittel davon abliefern. Von der neuen Steuer wären alle Erbschaften und Schenkungen mit einem Verkehrswert über zwei Millionen Franken betroffen. Völlig unabhängig vom Verwandtschaftsgrad würden diese in Zukunft zum horrenden Satz von 20 Prozent besteuert. Auch direkte Nachkommen würden analog entfernten Verwandten

oder Fremden voll besteuert. Ein abenteuerlicher Gedanke – nachdem fast alle Kantone mit gutem Grund die Erbschaftssteuer für direkte Nachkommen abgeschafft haben.

Eine derartige neue Steuer würde vor allem den Mittelstand schwächen. Auch Hauseigentümer sind direkt betroffen, denn ihr Vermögen ist oft in der Liegenschaft gebunden. Ein Nachlass, welcher auch Liegenschaften umfasst, hat rasch einen Wert von zwei Millionen Franken erreicht – vor allem wenn noch weitere Vermögenswerte wie Vorsorgegelder oder Kunstobjekte hinzukommen. Für Hauseigentümer heisst dies: Die Weitergabe des Eigenheims an die eigenen Kinder oder Enkel würde stark erschwert, denn diese müssten plötzlich für 20 Prozent Erbschaftssteuer aufkommen.

Leider ist die Initiative nicht nur äusserst ungenau und teils widersprüchlich formuliert – sie enthält sogar eine Rückwirkungsklausel. Nach dem Willen der Initianten sollen Schenkungen bereits ab dem 1. Januar 2012 dem Nachlass zugerechnet werden. Rückwirkungsklauseln stehen im Widerspruch zu zentralen Grundsätzen unseres Rechtssystems: Der Bürger muss sich darauf verlassen können, dass die Gesetze, welche heute in Kraft sind, auch wirklich gelten. Im Nachhinein die Spielregeln zu ändern, verstösst gegen das Prinzip von Treu und Glauben.

Die Initianten versuchen bei den Stimmbürgern Sympathie zu schaffen, indem sie vorschlagen, dass zwei Drittel der Steuereinnahmen dem AHV-Ausgleichsfonds zugewiesen werden. Lassen wir uns aber nicht täuschen: Auch eine neue Erbschaftssteuer löst die Probleme der AHV nicht. Deren Finanzierungslücke muss über grundlegende Reformen gelöst werden, wie sie das Parlament auch bereits vorgesehen hat.

Am 14. Juni gibt es also wieder einmal allen Grund, Nein zu stimmen. In wirtschaftlich unsicheren Zeiten neue Steuern einzuführen, ist nicht gescheit. Das muss wieder einmal in aller Deutlichkeit gesagt werden.



* Gregor Rutz ist Jurist, Unternehmer und Inhaber einer Agentur für Kommunikations- und Strategieberatung. Seit 2012 vertritt er die SVP im Nationalrat. Er ist Präsident der IG Freiheit und wohnt in Zürich.

■ TWEETS DER WOCHE

«Wer immer noch glaubt, Follower-Zahlen sagten irgendwas über Qualität oder Witz aus, hat noch nie den Account von Kim Kardashian gesehen.»

Auch auf Twitter gilt: Quantität ist nicht gleich Qualität, wie das Beispiel von Marie von den Benken (@Regendelfin) verdeutlicht.

«Im Bier sind übrigens weibliche Hormone. Nach 10 Bier redet man Quatsch, fährt unsicher Auto und zum Pinkeln muss man sich setzen.»

Dieser Tweet stammt nicht aus der Feder eines Mannes, sondern von der Saxophonistin (@veryhappy75).

«Vorgestern irgendwo in der Wohnung ne halb volle offene Milch hingestellt. Keine Ahnung mehr wohin. Das wird noch interessant.»

Der Schweizer Slam-Poet Gabriel Vetter (@gabrielvetter) hat das Dichten besser im Griff als den Haushalt.

«Das Wetter hier ist so schlecht, das singt gleich ein Duett mit Helene Fischer.»

Twitterer Nicht Chevy Chase (@DrWaumiau) ist kein Fan von Schlagerstar Helene Fischer.

«Nach diesem Spiel brauche ich etwas Nervenkitzel. Ich guck den 'Literaturclub'!»

Das Cup-Halbfinalspiel zwischen dem Titelverteidiger FC Zürich und dem FC Sion hat Journalist Patrick Künzle (@patrick_kuenzle) nicht vom Hocker gerissen.

«Natürlich lese ich @Wochenzeitung, aber auch @NZZ, manchmal sogar @Weltwoche. Wer sich einseitig informiert, ist gar nicht informiert.»

Der Prophet (@Jakob-Kreu3fe1d) hat den Durchblick. Natürlich liest er deshalb auch die «Schweiz am Sonntag».